

Sorgentelefon berät in der Landessprache

Rheda-Wiedenbrück (ng). Ein neutrales Sorgentelefon, das weder beim Fleischwerk noch bei der Stadt verortet wird, könnte ein Baustein des noch zu erarbeitenden Gesamtkonzepts zur dauerhaften Verbesserung der Wohn- und Beschäftigungsbedingungen der osteuropäischen Werkvertragsarbeiter sein. In ihrer Landessprache könnten sich die Ratsuchenden an diese Hotline wenden und unbürokratisch den richtigen Ansprechpartner für ihr jeweiliges Anliegen genannt bekommen. Meist gehe es um einfach zu beantwortende Fragestellungen, manchmal aber auch um knifflige Fälle, erläuterte der städtische Integrationsbeauftragte Ernst Jürgen Michaelis, bei dem schon heute regelmäßig derartige Anfragen von zumeist polnischen, rumänischen oder bulgarischen Arbeitnehmern auf dem Schreibtisch landen. Die Fäden für das Sorgentelefon könnten bei der Vorsitzenden des Integrationsrats sowie des Sozialausschusses, Gudrun Bauer (SPD), zusammenlaufen.



Seit einem Jahr tagt der Runde Tisch zur Situation der Werkvertragsarbeiter – nun verbucht das Gremium erste Erfolge. Ein Vertrag zwischen dem Fleischwerk Tönnies und der Stadt regelt die Finanzierung der angestrebten besseren Betreuung der osteuropäischen Arbeitnehmer. Darüber freuen sich die Runder-Tisch-Mitglieder (v. l.) Eberhard Greufe (Stadt), Pfarrer Antoni Klemens (Kirchengemeinden), Hubert Pohlmann (Kolpingsfamilie Rheda), Martin Blumentritt (Fleischwerk Tönnies), Ernst Jürgen Michaelis (Stadt), Inge Bultschnieder (IG „Werkfairträge“), Bürgermeister Theo Mettenborg, Uwe Henkenjohann (Sprecher der Ratsfraktionen) und Gudrun Bauer (Integrationsrat). Bild: Grujic

Ziel: Hilfe in allen Lebenssituationen

Hintergrund

Von unserem Redaktionsmitglied NIMO GRUJIC

Rheda-Wiedenbrück (gl). Ein Jahr nach Bildung des Runden Tisches zur Verbesserung der Wohn- und Beschäftigungsbedingungen der osteuropäischen Werkvertragsarbeiter in Rheda-Wiedenbrück sehen sich die beteiligten Akteure auf einem guten Weg. Viel sei erreicht worden, trotzdem geht die Umsetzung der Maßnahmen dem einen oder anderen noch nicht schnell genug.

Als „Super-Erfolg“ wertet Bürgermeister Theo Mettenborg die inzwischen vertraglich fixierte Zusage des Fleischwerks Tönnies, künftig 195.000 Euro jährlich für

gleitung der in Rheda-Wiedenbrück lebenden Werkvertragsarbeiter zu zahlen. Die Stadt legt noch einmal den gleichen Betrag drauf, so dass unterm Strich eine Viertelmillion Euro für Sprachförderprogramme, Beratungen zu staatlichen Zusatzleistungen wie Wohn- oder Kindergeld sowie weiteren Themenfeldern zur Verfügung steht.

Die umfassende Betreuung der Werkvertragsarbeiter in allen Lebenslagen sei das Ziel aller Bemühungen, sagte Martin Blumentritt bei der Vorstellung der Ergebnisse der jüngsten Zusammenkunft des Runden Tisches. Der Tönnies-Hausjurist vertritt den Fleischkonzern in dem Gremium, dem ferner Mitglieder von Wohl-

der Stadt sowie der Interessengemeinschaft (IG) „Werkfairträge“ angehören.

Bis zu fünf Sozialarbeiterstellen könnten mit dem Geld eingerichtet werden, rechnete der Städtische Leitende Rechtsdezernent Eberhard Greufe vor. Hinzu komme eine halbe Stelle zur regelmäßigen Kontrolle der Unterkünfte, in denen die vorwiegend aus Polen, Rumänien und Bulgarien stammenden Arbeitnehmer leben. Wie genau die jährlich bereitstehenden 250.000 Euro eingesetzt werden, entscheide sich in den kommenden Monaten, erklärte Uwe Henkenjohann (CDU), der im Namen aller Ratsfraktionen sprach. Es gelte, mit externem Expertenrat ein Kon-

Weise wollen wir sicherstellen, dass das Mehr an Hilfen tatsächlich bei den Menschen ankommt.“

Tönnies-Jurist Blumentritt betonte, dass das Fleischwerk zwar das Geld für die Betreuung der Werkvertragsbeschäftigten bereitstelle, sich aber aus der inhaltlichen Ausgestaltung des Unterstützungskonzepts ganz bewusst heraushalte.

Aus Sicht von Inge Bultschnieder (IG „Werkfairträge“) gibt es trotz der bereits erfolgten Einführung eines Mindestlohns für die Beschäftigten in der bundesdeutschen Fleischindustrie noch ungelöste Fragestellungen. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Erfassung der geleisteten Arbeitsstunden blieben

Der zwischen der Stadt Rheda-Wiedenbrück und dem Fleischwerk Tönnies geschlossene Vertrag regelt nicht nur die jährlich zu leistenden Zahlungen. In dem Kontrakt werden nach Auskunft des Bürgermeisters auch Mindeststandards beispielsweise zu den Wohnbedingungen der Werkvertragsarbeiter festgelegt, die zum Teil sogar über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. So stünden per Gesetz jedem Arbeitnehmer neun Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, der Vertrag zwischen Tönnies und Stadt schreibe aber verbindlich mindestens zehn Quadratmeter vor. 3300 Werkvertragsarbeiter aus Osteuropa leben zurzeit in der Stadt, davon 1856 aus Polen, 1258 aus Rumänien und 184 aus Bulgarien.